reits beim Präsidenten der Vereinigten Staaten um die Milderung der Bedingungen des Waffenstillstandes und um die Lebensmittelversorgung Deutschlands verwendet hatte, hat auch jetzt sogleich beim amerikanischen und französischen Episkopat, sowie bei der englischen Regierung Schritte getan.

**Empörendes Verhalten der Franzosen.**

General v. Winterfeld übergab in der letzten Vollsitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa am Donnerstag folgenden Protest: Die deutsche Heeresgruppe meldet: Entgegen den Zusagen zu den Waffenstillstandsbedingungen, wonach die Truppen unserer Gegner unseren Truppen derart folgen sollten, daß eine Sicherheitszone von 10 Kilometer zwischen den gegenüberstehenden Streitkräften stets gewahrt bleibt, sind französische Truppen bereits am 17. November 6 Uhr abends in Schettstadt eingerückt und haben dort 1. das 2. Ersatzbataillon Ersatzregiment 2, 2. Bautrupps der Division F.-Abteilung 235 und 3. das Uebergabekommando für den Armeenachrichtenpark Schlettstadt unter Leutnant Schafirt festgehalten und interniert. Nach Schlettstadt gesandte Parlamentäre sind unverrichteter Dinge zurückgekehrt. Ebenso hat ein an Heeresgruppe Castelnau gerichteter Funkspruch um Freigabe der internierten Truppen zu keinem Ergebnis geführt. Eine Berechtigung zur Festnahme der aufgeführten Truppenteile lag nicht vor. Eine ordnungsmäßige Uebergabe, wie sie von der Waffenstillstandskommission gewünscht wird, ist bei solchem Verhalten nicht möglich.

In der Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische General Nudant mit, daß Marschall Foch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Milderungen der Waffenstillstandsbedingungen — insbesondere eine Verlängerung der Räumungsfrist — abgelehnt habe, und zwar, ohne irgend welche Begründung. Als darauf nochmals ausgeführt wurde, daß es technisch undurchführbar sei, in den festgesetzten Fristen eine Armee von über 3 Millionen Mann in Ordnung auf den schlechten und engen Straßen über die wenigen Rheinübergänge zurückzuführen, erklärte General Nudant, daß er derartige Mitteilungen künftig nicht mehr entgegennehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Frist sei aber unabänderlich. Die Lage sei nun einmal so und nicht anders. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn es dies nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser sein. General Winterfeld verlas hierauf die Protestnote. Auch in den Beratungen der Sonderkommission für Materialabgaben, Transportwesen, Gefangenenrückgabe usw. zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Siegers, der rücksichtslos seine Macht ausnützt.

**Die Rückkehr der Truppen.**

Oberheinischen Meldungen zufolge kommen auch dort gewaltige Truppenmassen von der Front zurück, so daß zum Abtransport ins Landesinnere bei St. Goar und im Rheingau Brücken über den Rhein erbaut werden. Um dem Unfug zu steuern, daß die von der Front zurückgebrachten großen Warenmengen auf den Bahnhöfen aufgekauft werden, werden in den einzelnen oberrheinischen Stationen Bahnsteigkarten nicht mehr ausgehändigt.

**Empfang der 6. Armee in Köln.**

Als Spitze der 6. Armee erreichte Freitag morgen die deutsche Jägerdivision, die zu Beginn der deutschen großen Offensive gegen Italien aus den Jägerbataillonen zusammengestellt wurde und eine kurze, aber ruhmreiche Vergangenheit hat, das Weichbild der Stadt Köln. Jubelnde Gesänge begrüßten die unbesiegten Helden. Die Einzugsstraßen waren mit Menschen überfüllt.

**Die deutschen Handelsdampfer entkommen.**

Wolffs Büro berichtet, daß die deutschen Uebersee-Handelsdampfer sämtlich, mit Ausnahme der „Gneisenau", welche in Reparatur liegt, rechtzeitig nach Holland entkommen sind.

**Die Friedensangebote an Deutschland.**

Der „Bund Neues Vaterland" in Berlin ersucht um Verbreitung folgender Notiz: Der „Bund Neues Vaterland" weist die von Wolff's Telegraphischem Büro verbreitete Behauptung, daß keiner der Feinde Deutschlands jemals im Weltkrieg ein Friedensangebot gemacht habe, energisch zurück. Den Beweis, daß England im Frühjahr 1915 Friedensverhandlungen einzuleiten versuchte, wird der Bund demnächst in einer besonderen Broschüre veröffentlichen.

# Die Schuld am Weltkriege.

**Urkunden über den Ursprung des Krieges.**

Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Aeußern hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Es wird nun eine Anzahl Urkunden, bestehend in Berichten des bayerischen Gesandten in Berlin, veröffentlicht, die leider den Eindruck erwecken müssen, als habe man in Berlin (und Wien) nach der Ermordung Franz Ferdinands auf den Krieg hingearbeitet. In einem Telefonat nach München Juli 1914 sagt der bayerische Gesandte: Preußischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen, rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können! Im französischen Heer kein guter Geist, wenig Steilfeuergeschütze und schlechteres Gewehr."

# Die Entente und Wilhelm II.

**Dunkle Andeutungen.**

Das Londoner Blatt „Weekly Dispatch" sagt, die Lage des Exkaisers werde vielleicht schon morgen eine neue Entwicklung erfahren. Die Alliierten wüßten genau, was auf Schloß Ameorongen (wo der Kaiser in Holland wohnt) vorgehe und könnten beweisen, daß der Kaiser ein Faktor sei, den man in der Angelegenheit Deutschlands noch nicht vernachlässigen dürfe. Clemenceau habe bestimmte Maßnahmen getroffen, welche nicht ohne Einfluß auf die Lage sein könnten. Das Ergebnis werde vielleicht schon in einigen Tagen bekannt werden.

# Gegen die Bolschewisten.

**Eine Note der Berliner Regierung an die Sowjetgewalt.**

Mit Rücksicht auf die Funksprüche der Moskauer Räteregierung, die das deutsche Volk zur Bildung einer Gewalt- und Klassenregierung auffordert, und auf die Vorgänge bei der Internierung der deutschen Generalkonsulate (in Moskau und Petersburg) hat die deutsche Regierung an die Moskauer Räteregierung eine Note gerichtet, in der sie fordert, daß die russische Regierung die gegenwärtige deutsche Volksregierung anerkennt und sich jeder Einwirkung auf die Bildung einer anderen Regierung enthält, und 2. daß sie eine Klarstellung der Vorgänge bei der Internierung und Gefangensetzung der deutschen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg herbeiführt.

**Konzentrischer Ententeangriff gegen Rußland.**

Nach Mitteilungen eines Ententeblattes in Helsingfors hat der konzentrierte Angriff der Alliierten auf das Sowjetrußland nunmehr begonnen. Die Saloniki-Armee, bestehend aus Engländern, Italienern, Franzosen und Serben, die 110000 Mann umfaßt, hat sich bereits in Marsch gesetzt. Rumänische Truppen haben sich angeschlossen. Die Vortruppen haben Bessarabien, einzelne Teile Odessa, erreicht. Andere Truppen gehen in Eilmärschen auf Kiew. Die Ententemächte haben einen Aufruf an die Bevölkerung Südrußlands veröffentlicht, in dem bekanntgemacht wird, daß sie ihren Einzug in Südrußland vorbereiten, um in Südrußland wieder die Konstitution einzuführen und die Bolschewisten und ihre beteiligten Horden für vogelfrei zu erklären.

**Kleine politische Meldungen.**

**Amerikas Kriegskosten.** Die gesamten Kriegskosten der Vereinigten Staaten bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes betragen 22 083 660 722 Dollars = 88¼ Milliarden Mark.

**Vorbereitung der Abrüstung in Dänemark.** Auf Grund eines in Folkething von Staatsminister Zahle eingebrachten Vorschlages wird ein dänischer Parlamentsausschuß zusammentreten, um die Frage der Abrüstung Dänemarks zu erwägen. Wie „Politiken" mitteilt, kann es als wahrscheinlich gelten, daß die beiden Grundlagen des dänischen Wehrsystems, die allgemeine Wehrpflicht und das Festungssystem fallen gelassen werden. In diesem Fall würde im wesentlichen nur eine militärische Grenzwache übrigbleiben, doch werden endgültige Beschlüsse erst im Anschluß an den Friedenskongreß gefaßt werden.

**General Krafft von Delmensingen verhaftet?** Wie die „Konstanzer Zeitung" meldet, wurde der bekannte bayerische General Krafft von Delmensingen vom Soldatenrat in einem Hotel nahe Ulm verhaftet und nach Neu-Ulm gebracht.

**Monarchische Reaktion in Oesterreich?** Die gegenrevolutionäre Bewegung in Oesterreich, von der wir schon kurz berichteten, wagt sich schon so kühn hervor, daß der Staatsrat sich veranlaßt gesehen hat, durch Maueranschläge vor diesen Umtrieben zu warnen. Die Monarchisten arbeiten mit allen Mitteln. In der Vollversammlung des Verbandes der deutsch-nationalen Parteien in Wien wurde ein stimmig der Zusammenschluß der Deutsch-Nationalen Partei, der Deutschen Agrarpartei und der Deutschradikalen Vereinigung vollzogen. Die neue Partei zählt 85 parlamentarische Mitglieder.

**Enver Paschas Abreise aus Konstantinopel.** Tewfik, der frühere türkische Botschafter in London, ist zum Großwesir ernannt worden und hat ein ententefreundliches Ministerium zusammengestellt. Enver Pascha und Talaat Bey haben Konstantinopel in der vergangenen Woche auf einem deutschen Torpedoboot verlassen. Sie sind angeblich in Berlin eingetroffen. Die türkische Kolonie verlangt von der deutschen Regierung ihre Auslieferung und die einiger anderer hochgestellten Türken, die nach dem Waffenstillstand nach Deutschland geflohen sind.

**Frankreichs Totenliste im Weltkrieg.** Nach einer Aeußerung des Senators Doumer, Vorsitzenden des Heeresausschusses im französischen Senat, betragen die Verluste Frankreichs an Toten 1,6 Millionen.

**Der Tschechenstaat demobilisiert.** In den nächsten Tagen werden alle 18- und 19-jährigen, sowie alle Männer über 36 Jahre aus dem tschechischen Militärdienst entlassen werden. Eine Enthebung der Jahrgänge von 20 bis 25 Jahren wird überhaupt nicht erfolgen.

**Bosnien und Serbien.** Der bosnische Nationalrat sandte dem serbischen Kronprinzen Alexander eine Note, in der er ihn ersucht, augenblicklich eine Verbindung Bosniens und der Herzegowina mit Serbien unter der Dynastie Karageorgewitsch zu vollziehen.

**Die Rumänen in der Bukowina.** Die ganze Bukowina ist von der rumänischen Armee besetzt. Der frühere Gendarmeriekommandant und Verteidiger der Bukowina, General Fischer, wurde verhaftet und nach Jassy abgeführt. Ueber sämtliche ukrainische Bezirke wurde das Standrecht verhängt. Die rumänischen Soldaten plündern die ukrainischen Dörfer. Die rumänische Armee durchschreitet bereits die Grenzen der Bukowina und befindet sich im Marsch gegen Kolomea.

**Die Tschechen besetzen deutsche Städte.** Wie die Berliner Blätter melden, ist die deutschmährische Stadt Neutitschein von tschechischem Militär besetzt und die deutsche Garde entwaffnet nach Mährisch-Ostrau gebracht worden. Die bisher deutsche Stadt Leipnik ist in tschechische Verwaltung übernommen worden.

**Eine Versammlung englischer Gefangener in Berlin.** Unter dem Vorsitz eines Herrn Schlesinger fand gestern in der Philharmonie in Berlin eine stark besuchte Versammlung britischer Gefangener und ihrer deutschen und amerikanischen Freunde statt. Der Vorsitzende betonte, daß die Reden, die hier gehalten werden sollen, nur darstellen wollten, was in Deutschland geschehen sei. Er möchte die britischen Gäste darauf aufmerksam machen, daß, während sie diese Weihnachten in ihrer Heimat verleben würden, die deutschen Gefangenen noch weiterhin in fremdem Lande bleiben müssen. Dann hielt Lebebour eine Ansprache an die Gefangenen, in der er gegen den Einmarsch von Ententetruppen in Rußland protestierte.

**Die Italiener in Tirol.** Die Wiener Blätter melden aus Innsbruck: In Südtirol stehen nur wei italienische Armeen. In den südlichen Gemeinden des Bezirks Bozen werden alle deutschen Aufschriften entfernt. Die italienischen Behörden haben in den Gemeinden Südtirols bis zum Brenner Plakate anbringen lassen, aus denen mit unzweifelhafter Deutlichkeit hervorgeht, daß die Italiener beabsichtigen, Deutsch-Südtirol dauernd zu behalten. Die deutschen Südtiroler werden bereits als Staatsangehörige Italiens behandelt.

# Von Stadt und Land.

Aue, 25. November.

# Die Versammlung im Bürgergarten.

**Das Bekenntnis zum demokratischen Programm.**

Die Versammlung, die am Sonnabend Abend im „Bürgergarten" zur Vorbereitung der Wahlen für die Nationalversammlung stattfand, war außerordentlich stark besucht. Alle Schichten der hiesigen Bevölkerung waren vertreten, zahlreiche Feldgraue und auch Frauen anwesend und aus den verschiedensten Orten des Bezirkes Schwarzenberg waren Besucher herbeigeeilt. Die Versammlung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Gedanken der bürgerlichen Demokratie und ihr durchaus ungestörter Verlauf legte Zeugnis ab von der Disziplin und Besonnenheit der hiesigen Bevölkerung. Nach den fast zweistündigen eindrucksvollen Ausführungen des Referenten Schuldirektors Vorwerk, die durch Herrn Bürgermeister Hofmann aufs Glücklichste ergänzt wurden, stellte sich die Versammlung einmütig auf den Standpunkt des (von uns am Sonnabend veröffentlichten) Aufrufes der bürgerlichen Demokratie, der eine Unterstützung der derzeitigen sozialistischen Regierung und die unverweilte Einberufung der Nationalversammlung fordert.

**Justizrat Raabe.**

Die Versammlung eröffnete Herr Justizrat Raabe-Aue mit einer Begrüßung namens des Wahlausschusses. Er verwies zunächst auf den Zusammenbruch des Kaisertums, das uns trotz alledem nach Außen hin die Weltgeltung verschafft habe und kennzeichnete dann in kurzen Strichen die gegenwärtige politische Lage, so insbesondere die Uneinigkeit in der Sozialdemokratie. Wir werden alle umlernen müssen, es sei aber immerhin eine Zumutung, sich so rasch auf das Programm der Unabhängigen einzustellen. Zweifellos würden einige der sozialistischen Programmpunkte verwirklicht werden, aber nur im Rahmen eines geordneten Staatswesens und nicht unter der Diktatur des Proletariats, auch nicht in kurzer Zeit. Die Ideen, die hier verwirklicht werden sollen, seien uralt; zum Teil seien sie schon 2000 Jahre alt und dennoch habe die Menschheit sie noch nicht ihrer Verwirklichung zugeführt, wenn sie ihr auch nahe gekommen sei. Dazu gehöre Geduld und Ordnung. Die Kardinalfrage sei für uns, ob wir mit den Mehrheitssozialisten oder Radikalen gehen. Die Wahl könne für uns in Aue nicht schwer werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Aue habe es verstanden, durch Besonnenheit und Mäßigung die Ordnung hier aufrecht zu erhalten und so könne man nicht lange im Zweifel darüber sein, nach welcher Seite man sich zu wenden haben werde. (Beifall.)

**Schuldirektor Vorwerk.**

Der Hauptredner des Abends, Herr Schuldirektor Vorwerk, Unterfachsenberg i. V., der in Aue kein Unbekannter mehr ist, erklärte zunächst unter Hinweis auf den gewaltigen Umsturz, den wir erlebten daß wir uns auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen müßten. Den Fürsten brauchten wir keine Träne nachzuweinen. Wir dürfen aber auch nicht abseits stehen — wer das tue, sei ein Verbrecher an seinem Volke. Jetzt heißt es mitarbeiten, mitraten und mittaten. Der Redner verwies auf die blutige französische Revolution: (1793) wer solchen Zuständen nachstrebe, der habe nichts zu verlieren und nichts zu gewinnen. Redner bekannte, daß er im Grunde seines Herzens Monarchist sei, aber eine gut geleitete Republik sei ihm auch willkommen. Eine Zentralgewalt müsse es geben: aber er protestiere dagegen, daß an die Stelle der Anmaßung der Rechte der früheren Fürsten jetzt die Anmaßung der Rechte durch die radikalen Sozialdemokraten trete. Redner verwies darauf, daß die Sozialdemokratie früher immer die Abschaffung der Todesstrafe gefordert habe, während noch niemals so viel Todesstrafen festgesetzt wurden wie gerade jetzt. Er wendete sich dann dem Beamtentum zu, das er zu treuer Weiterarbeit aufforderte. Man werde nur in Ordnung kommen, wenn die Staatsmaschinerie weiter laufe. Nicht jeder könne nun ohne Weiteres regieren und er bitte den A.- und S.-Rat, sich das „eingeölte" Beamtentum zu bewahren. Einer der Gründe unseres Zusammenbruchs sei das bisherige „Mandarinentum" gewesen, die Protektionswirtschaft im Beamtentum, das Redner in drastischer Weise erläuterte. Freie Bahn dem Tüchtigen müsse eine der Hauptforderungen sein, auch wenn dieser Tüchtige nicht akademisch gebildet ist. Nachdem Redner in satirischer Form an der Hand von Beispielen unter der wiederholten Heiterkeit der Versammlung die Torheiten und Sünden des Bureaukratismus gegeißelt hatte, trat er mit großer Entschiedenheit für die Beseitigung der Zwangswirtschaft, namentlich im Ernährungswesen ein, die uns vor einer Katastrophe bewahren würde. Sehr eindringlich schilderte Redner alsdann die Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft, namentlich mit Bezug auf den voraussichtlichen Mangel an Rohstoffen und wandte sich dann der Forderung der Beschlagnahme aller Vermögen zu, die eine größere Katastrophe herbeiführen müßte, als der 30-jährige Krieg sie gebracht! Sorgen verursacht dem Redner die Frage, woher das Geld für die Einstellung und Beschäftigung der jetzt heimkehrenden Arbeiterschaft genommen werden solle. Hierauf lehnte er den Gedanken der Errichtung von Bürgerräten ab — alle Volkskreise seien gleichberechtigt, demnach trat er für gleichmäßige Errichtung von Volksräten ein. Unsere Revolution müsse sich auf dem Grunde unserer Bildung vollziehen, auf daß sie für spätere Geschlechter vorbildlich sein könne.